

Schwarzarbeit schadet allen: Staat, Betrieben und nicht zuletzt dem Kunden

1 **Stuttgart. „Die potenziellen Jamaika-Koalitionäre müssen das Thema**
2 **Schwarzarbeit auf ihre Agenda nehmen“, fordert der Präsident des Baden-**
3 **Württembergischen Handwerkstages (BWHT), Rainer Reichhold. Es sei**
4 **unverständlich, weshalb sich die Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP und Bündnis**
5 **90/Die Grünen fast überhaupt nicht mit dem Thema beschäftigen. Bei der Union**
6 **und den Grünen komme noch nicht einmal das Wort Schwarzarbeit vor.**

7 Der BWHT-Beirat hat heute (26.10.) ein Positionspapier mit konkreten Forderungen an
8 die Bußgeldbehörden, den Gesetzgeber, die Bundes- und Landesregierung
9 verabschiedet. „Schwarzarbeit schadet zum einen ganz massiv dem Staat, indem
10 Ausfälle bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in Milliardenhöhe verursacht
11 werden“, sagte Reichhold, „zum anderen den gesetzestreuen Betrieben, die unter den
12 Wettbewerbsverzerrungen zu leiden haben und letztendlich den Beschäftigten, die in
13 prekäre Lebensverhältnisse und in die Altersarmut geraten.“ Schwarzarbeit habe viele
14 Facetten, erklärte Reichhold. Sie sei ein gesamtgesellschaftliches Problem und gehöre
15 intensiv verfolgt und sanktioniert. Zum Forderungskatalog des Handwerks zählt unter
16 anderem, dass die Bußgeldbehörden den gesetzlichen Bußgeldrahmen ausschöpfen,
17 eine allgemeine Rentenversicherungspflicht für Selbständige eingeführt und der
18 Handwerkerbonus sowie die Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen ausgeweitet
19 werden.

20 In Baden-Württemberg nehmen beispielsweise die Fälle von handwerksrechtlicher
21 Schwarzarbeit und unerlaubter Handwerksausübung zu. Wurden im Jahr 2011 in 200
22 Fällen Bußgelder verhängt, ist die Zahl bis zum Jahr 2016 auf 364 Fälle gestiegen.
23 Dagegen sinkt die Gesamtsumme der Bußgelder seit Jahren. Belief sich die Summe
24 2011 noch auf rund 1,8 Millionen Euro, waren es 2016 nur noch 551.926 Euro. Das
25 Handwerk, betonte Reichhold, stehe für hohe Qualitätsstandards, gute Ausbildungs- und
26 Arbeitsverhältnisse und einen fairen Leistungswettbewerb. Dieser Beitrag zu Wachstum,
27 Wohlstand und Beschäftigung im Land dürfe nicht durch Fehlentwicklungen gefährdet
28 werden.“

Pressemitteilung
26.10.2017